

## **Track #7 Demokratie und Ökonomie**

**Leitung: Helene Schuberth und Gerti Jahn**

### **Folgt auf die ökonomische Krise eine Krise der Demokratie?**

**von Simon Vaut<sup>1</sup>**

Die Stabilität von politischen Systemen und der wirtschaftlichen Ordnung sind eng miteinander verflochten. Dem Zusammenbruch von Demokratien in Deutschland und anderen Staaten Anfang des 20. Jahrhunderts ging die gravierende Weltwirtschaftskrise von 1929 voraus. Der Beinahezusammenbruch des Finanzmarktes und der Weltwirtschaft 2008/2009 ging sogleich mit Befürchtungen über die Stabilität der Demokratie einher. Selbst das wirtschaftsliberale deutsche „Manager Magazin“ fragte in der Krise 2008 auf der Titelseite bange: „Zerstört der Superkapitalismus die Demokratie?“

In der Tat: die Fiskalkrise in Europa, die auf die Weltwirtschaftskrise 2008/2009 folgte hat v.a. in Griechenland katastrophale gesellschaftliche und politische Folgen. Die sozialdemokratische griechische Regierung, die von ihrer konservativen Vorgängerregierung im Jahr 2009 die Überschuldung geerbt hatte, konnte, nach dem sie von den Angriffen der internationalen Spekulanten sturmreif geschossen wurde, auf das verordnete Spardiktat der Troika aus EU, EZB und IWF kaum noch Einfluss nehmen. Die Arbeitslosenquote hat in Griechenland einen traurigen Rekordstand erreicht. Das bedrückendste ist die Jugendarbeitslosigkeit: jeder zweite Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren ist ohne Arbeit. Erinnerungen an die fatale Politik von Reichskanzler Heinrich Brüning, der mit seinen Notverordnungen am Ende der Weimarer Republik die Volkswirtschaft kaputt sparte und die Arbeitsmarktkrise dramatisch verschärfte, werden wach. Bei der Parlamentswahl in Griechenland im Mai 2012 bekamen die radikalen Parteien mehr Stimmen als die etablierten demokratischen Parteien. Selbst Abschaum der rechtsradikalen Partei Chrysi Avgi schaffte den Einzug ins griechische Parlament. Ihr Anführer Nikolaos Michaloliakos hat öffentlich den Hitlergruß gezeigt, das Parteiprogramm sieht Schießbefehle gegen Flüchtlinge und Arbeitslager für kriminelle Ausländer vor. Die Krise hat Griechenland in Weimarer Verhältnisse gestürzt.

Auf die grundsätzliche Gefahr der Abhängigkeit von Staatshaushalten von privaten Investoren an der Politikwissenschaftler und Mitglied der SPD-Grundwertekommission Thomas Meyer (Meyer 2005: 247) schon lange vor der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hingewiesen. Nun hat es sich bewahrheitet: durch die enormen Belastungen der öffentlichen Haushalte sind die GIIPS Staaten (Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien) in Abhängigkeit von Finanzinvestoren geraten, die politischen Druck ausüben können und mit Spekulationen politische Instabilität verursachen können. Der ehemalige sozialdemokratische schwedische Ministerpräsident Göran Persson sagte dazu (2010): „Wer Schulden hat, der ist nicht frei. Als Schweden mit dem Rücken zur Wand stand, musste ich erstmals mit unseren Geldgebern reden und mich für die Lage in Schweden rechtfertigen. Das war ziemlich

---

<sup>1</sup> Simon Vaut ist Referent der SPD-Bundestagsfraktion und arbeitet für die Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung für das Thema Wirtschaft und Demokratie. Kontakt: simon.vaut@gmail.com

unangenehm. Mir gegenüber saßen Leute von Lehman Brothers, Goldman Sachs, J. P. Morgan. Ich begriff, dass sie es waren, die über das schwedische System bestimmten. Wir hatten die Möglichkeit, Entscheidungen zu treffen, längst an andere abgetreten. An junge Menschen, die auf der anderen Seite des Atlantiks saßen und noch nie in Schweden waren. So etwas ist erniedrigend und eine ernste Gefahr für die Demokratie.“

Auch in Deutschland sind Folgen der Krise für Gesellschaft und Demokratie zu spüren. In der seit 2002 jährlich aktualisierten Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ unter der Leitung des Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer wird ein langfristiger Trend zu Desintegration festgestellt und vor einer „Vereisung“ des sozialen, gesellschaftlichen und demokratischen Klimas gewarnt. Dieser Trend wird durch die Krise beschleunigt: Eine diffuse von der Krise ausgelöste Angst befällt demnach auch diejenigen, die nicht von ihren unmittelbaren Folgen betroffen sind. Gutverdienende verweigerten zunehmend schwachen Gruppen ihre Solidarität: Mehr als die Hälfte der Gutverdienenden (definiert als Personen mit monatlichen Nettoeinkommen ab 2.600 Euro) werteten laut der Studie Langzeitarbeitslose ab. Anknüpfend an die bekannte Marienthal-Studie aus der Weltwirtschaftskrise nach 1929 über die Wirkungen lang andauernder Arbeitslosigkeit wird bestätigt, dass anhaltende Arbeitslosigkeit zu passiver Resignation und Apathie führt. Diese Resignation und Apathie von sozial Schwachen einerseits und die selbstgewählte Exklusion von Spitzenverdienern andererseits werden als Gefahrenpotential für die Demokratie dargestellt, die von der Partizipation aller sozialen Schichten abhängt. Die Studie zeigt in mehreren Dimensionen die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Zustimmung zur Demokratie. Der Anteil derjenigen, die es als sinnlos bezeichnen, sich politisch zu engagieren, steigt. Das Vertrauen in das politische System nimmt ab: 34 % der Befragten bezeichnen sich als zornig, weil sie sich von der Krise bedroht fühlen. Diese in der Studie als Demokratienteerung bezeichnete Entwicklung wird als potentielle Bedrohung für die Akzeptanz des demokratischen Systems analysiert.

Bestätigt wird dieser Trend durch die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Studie „Die Mitte in der Krise“ (Decker et al. 2010), die zum Teil sogar noch bedenklichere Werte ermittelt: politische, soziale und ökonomische Deprivation sind weit verbreitet und die Zustimmungswerte zur Demokratie bedenklich gering. Über 90 % der Bevölkerung geben an, weder einen Sinn darin erkennen zu können, sich politisch zu engagieren, noch das Gefühl zu haben, Einfluss auf die Regierung nehmen zu können. Antikapitalismus wird als neues Motiv einer antidemokratischen Einstellung identifiziert. Der Anstieg von Demokratieverdrossenheit und das Gefühl politischer Einflusslosigkeit werden als Gefährdung für die Demokratie in Deutschland bezeichnet. Mit der Wirtschaftskrise einhergehend sind Zustimmungswerte zu rechtsextremen Aussagen gestiegen. Solange der Kapitalismus wohlstandsbringend ist, wirkt er als Stütze des demokratischen Systems: Der Stolz auf den „Wirtschaftsstandort Deutschland“ ersetzt als „narzisstische Plombe“ das Bedürfnis der Deutschen nach Zu- bzw. Unterordnung unter eine Autorität. Wird jedoch das Wohlstandsversprechen des Kapitalismus nicht eingelöst, wird das demokratische Fundament untergraben (Decker et al. 2010).

Entscheidend wird nicht zuletzt sein, ob die Krise zu einem grundlegenden Umdenken führt. Der Ökonom Joseph Stiglitz verglich den Weltfinanzmarkt und die Weltwirtschaftskrise in ihrer Bedeutung für den Marktfundamentalismus mit dem Fall der Mauer für den Kommunismus. Der Washingtoner Konsens, in

dessen Geist seit den 1980er Jahren die Deregulierung, Privatisierung und Steuersenkung vorangetrieben werden, ist diskreditiert. Das bedeutet nicht, dass damit automatisch ein neues Zeitalter der Steuerung und Regulierung der Wirtschaft beginnt. Zum Beispiel in den USA gebar die Krise die radikal-libertäre Tea-Party-Bewegung, die mit ihrer Steuer- und Staatsfeindlichkeit explizit fordert, das Fundament der ältesten Demokratie der Welt zu zerstören. So fordert der prominente Vertreter der Tea-Party-Bewegung Grover Norquist: „Ich möchte den Staat nicht abschaffen, ich möchte ihn lediglich auf ein Maß reduzieren, dass ich ihn ins Badezimmer zerren und ertränken kann“ (Norquist, zit. nach Bofinger 2009: 15).

Ob eine solche libertäre Ideologie wie in den USA oder eine Gefährdung der Demokratie insgesamt, wie in Griechenland droht oder ob die Folgen der ökonomischen Krise für die Demokratie eingedämmt werden können, ist eine der entscheidenden Fragen unserer Zeit.

## Literatur

Decker, Oliver; Weißmann, Marliese; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2010): „Die Mitte in der Krise - Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Heitmeyer, Wilhelm (2010): „Deutsche Zustände: Folge 9“ edition suhrkamp, Frankfurt.

Meyer, Thomas (2005): „Theorie der Sozialen Demokratie“, VS-Verlag, Wiesbaden.

Persson, Göran (2010): " Selbst der König musste sparen" in „Die Presse" vom 14.02.2010, Wien.  
[http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/539502/Goeran-Persson\\_Selbst-der-Koenig-musste-sparen](http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/539502/Goeran-Persson_Selbst-der-Koenig-musste-sparen)

Vaut, Simon et al. (2008): „Wirtschaft und Soziale Demokratie“, Friedrich Ebert Stiftung, Bonn.